

# WERTPAPIERE & KAPITALMARKT

Win-win für  
Vorsorge und grüne  
Transformation



Österreichische Post AG,  
MZ 03Z034897 M  
Vereinigung der österreichischen Industrie,  
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



**DATENRÄUME**  
Interview: Was „Marktplätze“  
für Daten bringen

Seite 4



**AUFSICHTSRÄTINNEN**  
Der erste Jahrgang des  
Sparringprogramms

Seite 5



**WIEN**  
Smarte Produktion:  
Zukunftsthema Wasserstoff

Seite 10



# Indien als neuer Partner für Fachkräfte und Handel

Für die EU ist der Markt mit 1,4 Milliarden Einwohnern aus mehreren Gründen spannend.



**T**atsächlich erstarbt mit Indien eine wirtschaftliche Großmacht, die in Asien ein Gegengewicht zu China bildet. Die EU hat dies richtig erkannt und möchte die Gespräche zum EU-Indien-Handelsabkommen finalisieren sowie durch die neue EU-Initiative „Global Gateway“ eine stärkere Verbindung mit Indien erreichen.

Mit einem Wachstum von durchschnittlich sieben Prozent pro Jahr ist Indien eine rasant wachsende und mittlerweile die fünftgrößte Volkswirtschaft der Erde. Der Markt mit rund 1,4 Milliarden Einwohnern ist für die EU derzeit der zehntgrößte Handelspartner, umgekehrt ist die EU der drittgrößte Exportmarkt für Indien. „Für beide Seiten gibt es große Potenziale, aber für die europäische Industrie auch große Hürden, etwa bei hohen Zöllen für den Automobilssektor“, sagt Michael Löwy, Bereichsleiter Internationale Beziehungen und Märkte bei der IV. 2021 betrug das Warenhandelsvolumen zwischen beiden Seiten rund 88 Milliarden Euro; der Handelsumsatz zwischen Indien und Österreich liegt bei rund 2,15 Milliarden Euro. Mehr als 150 österreichische Unternehmen sind derzeit in Indien vertreten.

## Wirtschaftsraum der Zukunft

Angesichts der geopolitischen Herausforderungen und des großen Potenzials im Handel hat die EU Mitte des vergangenen Jahres nach achtjähriger Pause die Verhandlungen über ein Abkommen wieder aufgenommen. „Bisher kommen die Gespräche eher schleppend voran – als größte Hürden gelten Indiens Schutzzollpolitik und unterschiedliche Ansichten in den Punkten Klima und Nachhaltigkeit“, erklärt Löwy. Zudem versucht die EU mit dem Projekt „Global Gateway“, die Zusammenarbeit zu stärken: Bis 2027 sollen bis zu 300 Milliarden Euro in Infrastrukturprojekte in Schwerpunktregionen investiert

werden. Asien ist der Wirtschaftsraum der Zukunft und Europa sollte dort eine aktive Rolle einnehmen.

Nicht nur als Handelspartner wird Indien derzeit von europäischen Regierungschefs umgarnt: Deutschlands Kanzler Olaf Scholz warb Ende Februar auf einer Indienreise für Deutschland als Standort für IT-Fachkräfte, die dort dringend gebraucht würden. Vergangenes Jahr erteilte die Botschaft in Neu-Delhi nach eigenen Angaben rund 2.500 bis 3.000 Fachkräften ein Visum, darunter waren vor allem IT-Fachkräfte. Heuer soll die Zahl deutlich steigen – Deutsch gelernt werden könne später, betonte Scholz, denn in der IT sei Englisch ohnehin eine gängige Sprache.

## 800 RWR-Karten

Besagtes Anliegen haben auch andere europäische Länder in Indien. In Österreich entstehen im Bereich der Schlüsseltechnologien, wo IT eine wesentliche Rolle spielt, bis 2029 insgesamt 58.000 zusätzliche Arbeitsplätze, die durch die angespannte Situation am heimischen Arbeitsmarkt kaum besetzt werden können. In Indien ist die Bevölkerung vergleichsweise jung; für die vielen jungen IT-Fachkräfte gibt es im Inland aber kaum genug Arbeitsplätze.

Wie Deutschland versucht daher auch Österreich, ein entsprechendes Abkommen zu schließen. Außenminister Alexander Schallenberg und sein indischer Kollege

Subrahmanyam Jaishankar hatten zu Jahresbeginn eine „Migrations- und Mobilitätspartnerschaft“ auf den Weg gebracht, die unter anderem einen Zielwert von 800 Rot-Weiß-Rot-Karten an Fachkräfte aus Indien vorsieht. Das Abkommen muss von beiden Seiten noch abgesegnet werden. „Dieses Abkommen zeigt klar, dass es bei allen Differenzen gelingen kann, Punkte zu finden, in denen beide Seiten von einer Partnerschaft profitieren“, sagt Löwy.



## GASTKOMMENTAR

# Unternehmer sind die besseren Botschafter

Der Streit zwischen West und Ost macht Österreich wieder zu einem wichtigen Knotenpunkt.

**E**xport ist das Zauberwort der Stunde. Immerhin erhoffen sich die heimischen Wirtschaftsvertreter für das laufende Jahr 2023 bereits das Knacken der 200-Milliarden-Euro-Schallmauer am Gütermarkt. Dass hinter diesen sperrigen Zahlen aber auch mehr als 63.000 heimische Klein-, Mittel- und Großbetriebe und fast ebenso viele fleißige und gewiefte Unternehmerinnen und Unternehmer stehen, rückt oftmals in den Hintergrund. Sie, meine Damen und Herren, sorgen aber für diesen Erfolg und tragen das österreichische Fähnchen mit der Qualität Ihrer Produkte und Dienstleistungen „made in Austria“ in die weite Welt hinaus.

Doch Deals im Ausland sind nicht immer unumstritten, oft hängt der Erfolg politisch gesehen am seidenen Faden. So muss man etwa auch das höchst umstrittene Geschäft der Raiffeisen Bank International in Russland einfach zur Kenntnis nehmen.

Während der internationale Druck weiter steigt und die US-amerikanischen Behörden in Alarmstimmung verfallen, leistet die Bank jedoch ein Vielfaches mehr in Sachen

**„Doch Deals im Ausland sind nicht immer unumstritten – oft hängt der Erfolg politisch gesehen am seidenen Faden.“**

Neutralität und Diplomatie als unsere Spitzenpolitik. Die russische Raiffeisen-Tochter wickelt ja dem Volumen nach auch satte 25

Prozent der Überweisungen in Euro nach Russland sowie 30 Prozent des Zahlungsverkehrs im SWIFT-System in Richtung US-Dollar und Euro ab. Keine Kleinigkeit!

Der russische Angriffskrieg muss mit allen diplomatischen Mitteln verurteilt werden, doch ein Rückzug oder das schlichte Weglaufen der heimischen Unternehmen sorgen nicht für mehr internationale Anerkennung oder großen Beifall, sondern für schnellen Ersatz aus anderen Gefilden. Folge: Kein Rubel, der rollt, und schlussendlich auch kein Plus für den heimischen Steuereintreiber. Von den Auswirkungen auf unser Image am weltweiten Parkett ganz zu schweigen. Ob China, Indien und Co einen rot-weiß-roten Knicks vor den Amerikanern goutieren, darf jedenfalls stark bezweifelt werden. Fakt ist, der Streit zwischen West und Ost macht Österreich wieder zu einem wichtigen Knotenpunkt. Das Erfolgsrezept ist aber nicht wegducken, sondern aktiv handeln – egal womit, außer mit Waffen.



Josef Poyer, Redakteur für Chronikales bei der Kronen Zeitung.

Fotos: IV/Matarnovic, Reinhard Heil

# Ein deutlicher Anreiz für Eigenverantwortung



Die Behaltefrist für Aktien bedient gleich zwei Dimensionen der Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen.

Raus aus dem Krisenmodus! Wir müssen uns wieder den Zukunftsfragen widmen und zu einem gesunden Maß an Eigenverantwortung zurückfinden.“ Diese wichtigen Worte von IV-Präsident Georg Knill bei seinem Auftritt in der ORF-Presserstunde können gar nicht oft genug betont werden. In den vergangenen Jahren haben Ausnahmesituationen den Ruf nach dem Staat notwendig gemacht. Die Vollkasko mentalität darf aber keinesfalls zum Normalzustand werden. Wenn das auch die Regierung so sieht (und davon sollte man gerade angesichts der Belastungen des öffentlichen Budgets ausgehen können), muss sie einen wichtigen Baustein dafür jetzt umsetzen: Die Behaltefrist für Aktien bedient nämlich gleich zwei Dimensionen der Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen und harrt unverständlicherweise im Regierungsprogramm ihrer Umsetzung.

Erstens stärkt eine steuerliche Begünstigung langfristiger Aktiengewinne den Kapitalmarkt und öffnet damit den Zugang zu privatem Kapital, um die wichtigen Bausteine der Zukunft zu finanzieren: Innovation, Digitalisierung, grüne Transformation. Diese Bereiche allein mit Steuergeld finanzieren zu wollen ist budgetär nicht leistbar, insbesondere, wenn wichtige Kernaufgaben der öffentlichen Hand ausreichend dotiert werden.

Darüber hinaus zeigt das aktuelle Aktienbarometer, dass Aktienbesitz längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist (siehe Coverstory, Seite 6-7). Das ist gut, denn langfristige und breit gestreute Investments in Aktien gelten – das ist die zweite Dimension – als wichtiger Baustein für eine solide Altersvorsorge.

Als alternde und schrumpfende Gesellschaft werden wir uns das ohnehin schon teure staatliche Pensionssystem nicht mehr lange in diesem Umfang leisten können. Altersarmut ist kein Zukunftsthema, sondern besonders für viele Frauen längst Realität, und (auch das zeigt das Aktienbarometer) sie investieren in zunehmendem Ausmaß in Wertpapiere.

Mit einem Entfall der derzeitigen Besteuerung von Aktiengewinnen über 27,5 Prozent (!) bei langfristigen Investments würden wir Eigenverantwortung belohnen und mehr Geld mobilisieren – für Innovationen und private Altersvorsorge.

Ihr

Christoph Neumayer,  
IV-Generalsekretär

IV-MEINUNG



„Die Chancen liegen zum Greifen nahe – packen wir sie nicht an, tut es jemand anderer. Die EU wäre jetzt der erste Handelspartner, der mit Mercosur-Staaten ein Wirtschaftsabkommen abschließt.“

IV-Präsident Georg Knill in der ORF-Presserstunde zum Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten.



„Im Endeffekt geht es darum, dass genug gearbeitet und geleistet wird, um den Sozialstaat zu erhalten.“

Monika Köppl-Turyna vom Forschungsinstitut Eco Austria zur aktuellen Debatte rund um die Arbeitszeit.



„Die weiterhin hohe Teuerungsrate ist unter anderem auf Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln, Haushaltsenergie und Bewirtung zurückzuführen.“

Tobias Thomas, Generaldirektor Statistik Austria

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 28. Februar war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: [www.iv.at](http://www.iv.at).

## AKTUELLES IN KÜRZE

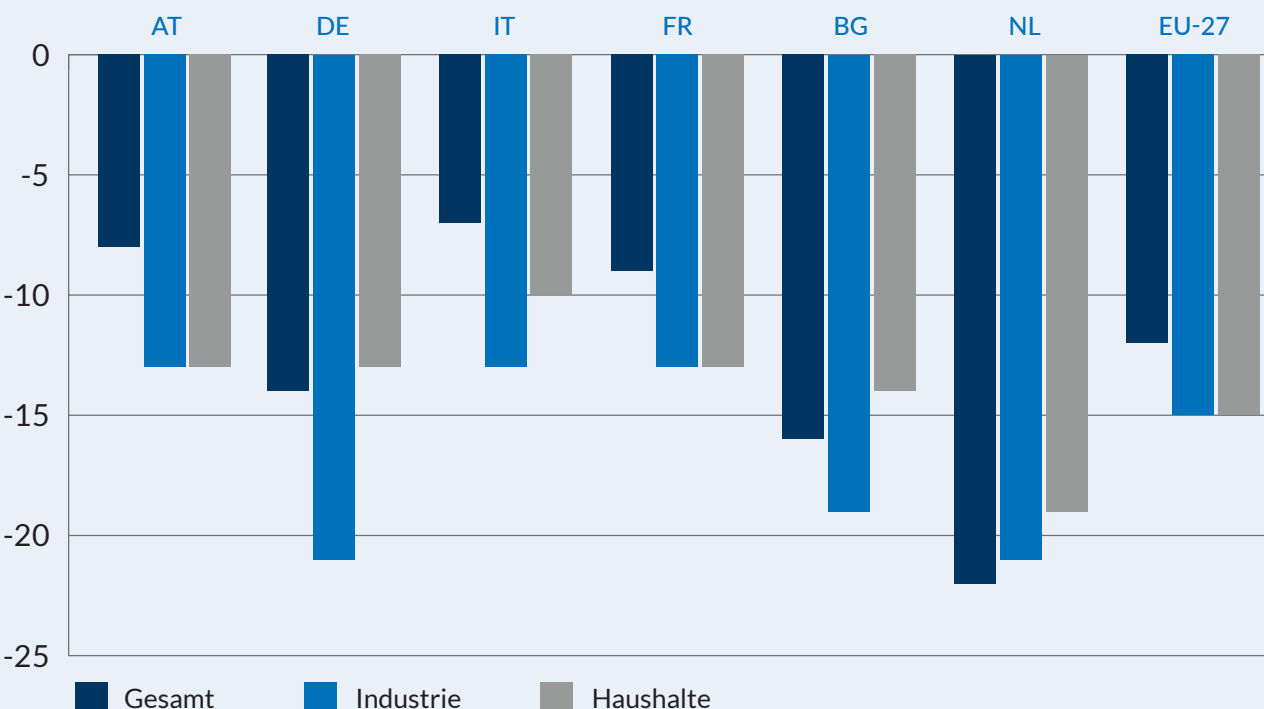
### GRAFIK DES MONATS

Die Erdgasnachfrage ist in ganz Europa im vergangenen Jahr unter dem Eindruck der Folgen des Ukrainekriegs stark gesunken. In Österreich wurden in der Industrie 13 Prozent weniger Erdgas benötigt als

durchschnittlich in den Jahren unmittelbar vor dem Krieg. Die EU ist zwar weiterhin von Einfuhren fossiler Brennstoffe abhängig, aber sie diversifiziert laufend ihre Gaslieferanten. Gas wird hauptsächlich für die

Stromerzeugung, die Haushaltsbeheizung und industrielle Prozesse verwendet. Mehr als 30 Prozent der Haushalte in der EU nutzen laut Eurostat Gas, um ihre Wohnungen zu beheizen.

Erdgasnachfrage 2022 gegenüber dem Durchschnitt aus 2019–2021 (in Prozent)



### ZAHL DES MONATS

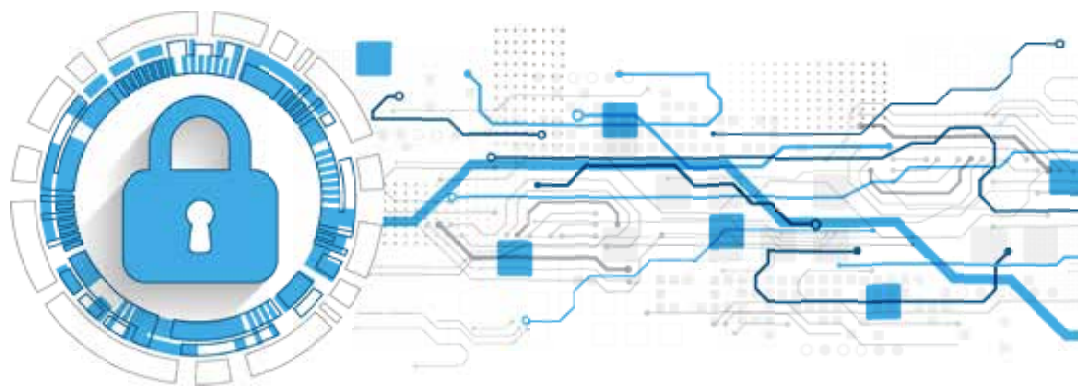
9.147

So viele Lehrstellen waren im Februar laut AMS in Österreich offen. Demgegenüber standen lediglich 5.560 Lehrstellensuchende. Diese Zahlen machen den aktuellen Arbeits- und Fachkräftemangel besonders deutlich – Lehrlinge sind die Arbeitskräfte der Zukunft. Die IV setzt sich intensiv dafür ein, dass das Image der Lehre verbessert wird und angesichts der angespannten Lage am Arbeitsmarkt Leistungspotenziale in Österreich gehoben werden; sei es durch die steuerliche Begünstigung von Überstunden und der Arbeit über das Pensionsalter hinaus oder einen Freibetrag beim Umstieg von Teilzeit auf Vollzeit.

Der eklatante Lehrlingsmangel, vor allem in MINT-Berufen, und die Auswirkungen der mannigfaltigen Krisen auf die Ausbildungsbetriebe rechtfertigen aus Sicht der IV auch eine neu einzuführende steuerliche Unterstützung der Lehrausbildung.



# Datensouveränität sichert Wettbewerbsfähigkeit Europas



Helmut Leopold leitet am AIT das Center for Digital Safety & Security und spricht im Interview darüber, wie Unternehmen von Datenräumen profitieren können.

**Kürzlich fand das Kick-off von EDDIE, einer vom AIT koordinierten Initiative zur Schaffung eines europäischen Energiedatenraums, statt. Was genau verstehen Sie unter einem Datenraum und wo liegen die konkreten Mehrwerte für Unternehmen?**

Helmut Leopold: Der Begriff „Datenraum“ beschreibt Daten als auch Onlinedienste, Vereinbarungen, Regeln und Standards, um einen Datenaustausch nach kommerziellen Mechanismen zwischen verschiedenen Teilnehmenden im Datenraum zu ermöglichen und dadurch von globalen Monopolanbietern unabhängig zu werden. Wichtige Designprinzipien dafür sind die Sicherstellung von Datensouveränität durch föderierte IT-Architekturen, damit die Kontrolle über die Verwendung der Daten bei den Datenbesitzern bleibt. Unternehmen können darin vergleichbar mit Marktplätzen über Online-Plattformen einfach benötigte Daten finden, diese online erwerben und sie mit eigenen Daten verknüpfen und verarbeiten, um neue Geschäftsmodelle oder Produktvorteile zu realisieren.

sind weitreichende Open-Source-Entwicklungen im Gange, damit Unternehmen aus den unterschiedlichsten Domänen ein einfacher Einstieg bei der Nutzung und für die Gestaltung der neuen Datenservices ermöglicht wird. In anderen Domänen wie Energie, Mobilität oder Gesundheit, aber auch sektorübergreifend, sind ebenfalls europäische Initiativen in Umsetzung. Der Gaia-X Hub Austria unterstützt Unternehmen, um an diesen Initiativen teilzunehmen und Potenziale für ihre eigenen Geschäftsbereiche abzuleiten.

Unternehmen sollten in der ersten Phase das Informationsangebot des Gaia-X Hubs Austria nutzen, um erste Erfahrungen zu sammeln und einen Beitrag zur Definition von Unternehmensstrategien zu erhalten. In der zweiten Phase ist die Teilnahme an Pilot- und Evaluierungsprojekten auf nationaler oder EU-Ebene empfehlenswert.

**Welche Bedeutung hat die Datensouveränität für Europa? Welche Rolle kommt Initiativen wie Gaia X zu und wie wirkt dabei der Gaia-X Hub Austria?**

Eine nachhaltige Datensouveränität Europas ist eine unverzichtbare Grundlage für die positive Entwicklung unserer freien Demokratie als auch für die Sicherstellung einer globalen Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsraums.

Der Gaia-X Hub Austria positioniert sich dabei als Serviceorganisation für österreichische Unternehmen. Einerseits werden dadurch Informationen, Wissen und verfügbare neue Technik und neue Services sowie Beispiele neuer Geschäftsmodelle

vermittelt, andererseits wird bei der Vernetzung zu nationalen oder EU-weiten Aktivitäten unterstützt.

**Wo stehen österreichische Unternehmen und Organisationen im Bereich Datennutzung und in welchen Bereichen sehen Sie Handlungsbedarf? Was raten Sie Unternehmen?**

Erste österreichische Unternehmen sind bereits bei entsprechenden EU-Innovationsinitiativen zur Schaffung von Datenmärkten in einer führenden Rolle eingebunden. Auch verschiedene Forschungseinrichtungen haben schon Know-how und Kompetenzen in Österreich aufgebaut. Wir empfehlen Unternehmen, diese Möglichkeiten zu nutzen und sich in diesen Initiativen aktiv einzubringen.

**Was wünschen Sie sich von der Politik?**

Durch die Unterstützung des Gaia-X Hub Austria, initiiert durch das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK, Anm.) als auch durch das Staatssekretariat für Digitalisierung und Telekommunikation, konnte im EU-Vergleich ein Vorzeigemodell für die Unterstützung der lokalen Wirtschaft etabliert werden.

Im nächsten Schritt ist es wichtig, aktiv nationale Fördermaßnahmen zu gestalten, damit österreichische Organisationen sich in diesen neuen Daten-Ökosystemen im internationalen Kontext positionieren können. Zusätzlich ist die Einbindung von öffentlichen Organisationen als Datenprovidern in zukünftigen Datenmarktplätzen eine Voraussetzung dafür, um unsere globale Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen.

## STICHWORT GAIA X

Gaia X ist ein europäisches Projekt zur Schaffung eines föderierten und sicheren Datenökosystems, basierend auf europäischen Werten. Gaia X sieht ein faires und offenes Modell vor, auf dessen Basis Organisationen, Unternehmen und Nutzer Daten austauschen und Daten-Geschäftsmodelle aufbauen können, gleichzeitig aber die Kontrolle über ihre Daten behalten. Als zentrale Anlaufstelle in Österreich agiert der Gaia-X Hub Austria, koordiniert durch das AIT. [www.gaia-x.at](http://www.gaia-x.at)

**Welche konkreten Best-Practice-Beispiele für Datenräume – zum Beispiel in Produktion, Mobilität, Gesundheit – gibt es bereits und wie können sich österreichische Unternehmen daran beteiligen?**

Bisher sind die Bereiche Automotive und Produktion Vorreiter, um Ansätze für die Verbesserung von Ressourcenmanagement, Lieferketten oder die Schaffung neuer Produktangebote zu erreichen. Ein konkretes Beispiel sind Produktpässe, die alle Daten eines Produkts im Lebenszyklus verbinden. Damit können Prozesse während des Betriebs bis hin zum Recycling optimiert werden. Derzeit

## EXPERTENMEINUNG

# Neuer Forschungsrat wird auf den Weg gebracht

Bei der Neubesetzung der Ratsversammlung sind starke Stimmen für Technologiepolitik erforderlich.



Iris Fischl-Ruhland, Expertin aus dem IV-Bereich Forschung, Technologie & Innovation.

Die Zusammenlegung des bisherigen Rats für Forschung und Technologieentwicklung, des Wissenschaftsrats und des bereits aufgelösten ERA Council wurde bereits in der Zukunftsoffensive für Forschung, Technologie und Innovation (2018) und im Regierungsprogramm (2020-2024) verankert. Anfang Februar wurde nun das Errichtungsgesetz für den neuen Forschungsrat („FWIT-Rat“) im Ministerrat verabschiedet. Das neue Beratungsgremium der Bundesregierung wird den gesamten Innovationsbogen abdecken. Nächste Station ist das Parlament – voraussichtlich im März dieses Jahres.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund geopolitischer Herausforderungen und rasant zunehmender Technologiewettläufe sowie des Umstands, dass zwei Drittel der Forschungsausgaben von Unternehmen kommen, ist es aus Sicht der IV enorm wichtig,

**„Forschung und Kompetenzaufbau sind strategischer Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit des österreichischen Wirtschaftsstandorts.“**

bei der Neubesetzung der Ratsversammlung auch starke Stimmen für Technologiepolitik vorzusehen – denn Forschung und Kompetenzaufbau zu Schlüsseltechnologien sind strategischer Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit des österreichischen wie europäischen Wirtschaftsstandorts.

Die Ratsversammlung des FWIT-Rats soll aus zwölf Mitgliedern bestehen, die jeweils auf vier Jahre bestellt werden – eine einmalige Wiederbestellung ist möglich. Das ratsvorsitzende Mitglied vorzuschlagen obliegt dem Bundeskanzler bzw. der Bundeskanzlerin in Abstimmung mit dem Vizekanzler bzw. der Vizekanzlerin. Sechs Mitglieder werden vom Wissenschaftsministerium (BMBWF) vorgeschlagen, vier Mitglieder vom Klima- und Technologieministerium (BMK) und ein Mitglied vom Wirtschaftsministerium (BMAW). Neu ist ein acht Mitglieder umfassender Aufsichtsrat für den FWIT-Rat, wobei die drei FTI-Ministerien je zwei Mitglieder bestellen, Bundeskanzleramt und Finanzministerium jeweils eines. Die Bestellung der Mitglieder der Ratsversammlung sowie des Aufsichtsrats soll dem Gesetzesentwurf nach bis 30. April erfolgen. Die Geschäftsführung soll nach Ausschreibung bis Ende September bestellt werden.



# Sparringprogramm bringt mehr Frauen in Aufsichtsräte

Der erste Jahrgang des Sparringprogramms „Netzwerk Aufsichtsrat“ ist erfolgreich zu Ende gegangen.

**A**ufsichtsräte nehmen als Kontrollgremium in Unternehmen eine wichtige Rolle ein – und es handle sich um eine Vertrauensposition, erklärte IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka beim Abschluss des ersten Jahrgangs des Sparringprogramms „Netzwerk Aufsichtsrat“, das die IV gemeinsam mit dem Verein zur Förderung von Arbeit ABZ\* Austria ins Leben gerufen hat. „Das Programm geht über ein Ausbildungsprogramm hinaus. Es

geht um die Kraft des Netzwerks und um dessen Weiterentwicklung“, erklärte Herlitschka, die als Vorstandsvorsitzende der Infineon Austria selbst ein börsennotiertes Unternehmen leitet. Sie weiß, dass in den Aufsichtsratsgremien nach wie vor zu wenige Frauen sitzen, und genau hier will das Programm auch ansetzen.

## Austausch auf Augenhöhe

Im ersten Durchgang wurden 20 Frauen ausgewählt, die fachlich und durch ihre

berufliche Laufbahn als Aufsichtsrätinnen hoch qualifiziert sind. Sie bilden mit erfahrenen Aufsichtsrätinnen und Aufsichtsräten jeweils ein Sparringtandem. Eine dieser Sparringpartnerinnen ist Karin Exner-Wöhler, Vorstandsvorsitzende der Salzburger Aluminium AG und Aufsichtsratsmitglied der Telekom Austria AG. „Je bunter ein Aufsichtsrat zusammengesetzt ist, desto wirkungsvoller ist er – das gilt nicht nur für die Zusammensetzung nach Geschlecht, sondern auch für jene nach Alter, Herkunft und Kompetenzen“, sagte Exner-Wöhler am Rande des 13. Aufsichtsratsstags der WU Wien. Sie hat in dem Sparringprogramm ein Tandem mit Katharina Zeitlhofer gebildet; Zeitlhofer ist bei Palfinger als Vice President Corp. GRC / Group Accounting / Taxes tätig und hat im Laufe des Sparringprogramms eine Rolle im Aufsichtsrat des Familienunternehmens Gebauer & Griller angenommen.

Am Programm schätze sie nicht nur den „perfekten Match“ mit Exner-Wöhler und den „Austausch auf Augenhöhe“, sondern auch die regelmäßigen Treffen der gesamten Gruppe aus erfahrenen und angehenden Aufsichtsrätinnen und Aufsichtsräten – ein Netzwerk, das auch in der Vermittlung zwischen Unternehmen und

Aufsichtsratskandidaten und -kandidatinnen eine große Rolle spielt, denn solche Positionen werden in Österreich nicht von Headhuntern besetzt und basieren auf einem starken Vertrauensverhältnis, wie Exner-Wöhler erklärt.

## Programm wird fortgesetzt

Der Frauenanteil in den Aufsichtsräten bzw. Verwaltungsräten der österreichischen börsennotierten Unternehmen ist in den letzten Jahren durchaus angestiegen. Während er im Juli 2015 lediglich 17 Prozent betrug, liegt er mittlerweile bei 29,8 Prozent. Diese Entwicklung sei grundsätzlich erfreulich, dennoch gebe es noch viel Potenzial auszuschöpfen, betonte Herlitschka. Der zweite Durchgang des Sparringprogramms ist bereits in Vorbereitung und ausgebaut.



Katharina Zeitlhofer (l.) und Karin Exner-Wöhler.



Bei der Abschlussveranstaltung des Sparringprogramms.



Sabine Herlitschka.

## Knill: „Wer die Technologie beherrscht, bestimmt über die Zukunft“

Die österreichische Industrie weist bei innovativen Technologien ein enormes Wachstumspotenzial auf. Dafür braucht es dringend qualifizierte Fachkräfte.

**I**m allgemeinen Arbeitskräftemangel sticht ein Bereich in Österreich besonders hervor, der gerade für wichtige Zukunftsfragen relevant ist: Fachkräfte in Schlüsseltechnologien. Dazu zählen die Mikro- und Nanoelektronik, Nanotechnologie, Photonik, industrielle Biotechnologie sowie fortschrittliche Fertigungstechnologien und Materialien, die ein Wachstumsmotor der österreichischen Industrie sind. In diesen Berufsbereichen ist die Beschäftigung in den vergangenen Jahren mit 1,6 Prozent pro Jahr überdurchschnittlich gewachsen. Die dort dringend benötigten Fachkräfte brauchen spezialisiertes Wissen und Qualifikationen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT). 58.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen in diesen Bereichen bis zum Jahr 2029, rechnet das Economica-Institut in einer aktuellen Studie vor.

„Unsere heimische Industrie setzt stark auf Schlüsseltechnologien und gewinnt damit an Wirtschafts- und Innovationskraft, quer über

alle Branchen. Nur wenn wir es schaffen, die besten Köpfe und Hände auszubilden, im Land zu halten und darüber hinaus ausländische Talente für Österreich zu gewinnen, werden wir die Innovationskraft absichern und an Technologiesouveränität gewinnen können. Denn wer die Technologie beherrscht, bestimmt über die Zukunft“, sagte IV-Präsident Georg Knill bei der Präsentation der Studienergebnisse.

## MINT-Bildung stärken

Zunächst sollte beim heimischen Talentepool angesetzt werden. Um ihn in diesen Bereichen entsprechend zu erweitern, müsse bei der Bildung angesetzt werden, erklärte Matthias Unger von der Jungen Industrie. „Und Bildung beginnt schon bei den Kleinsten unter uns. MINT-Inhalte im elementarpädagogischen Bereich zu vermitteln ist essenziell, um früh das Interesse und die Begeisterung der Kinder für Technik zu wecken.“ Auch bei den HTLs sieht er großes Potenzial: „Gerade HTLs sind eine der Stärken im

österreichischen Bildungssystem und wichtige Bausteine für den Erfolg des Technologiestandorts Österreich“, so Unger.

**„Unsere heimische Industrie setzt stark auf Schlüsseltechnologien und gewinnt damit an Wirtschafts- und Innovationskraft.“**

Tatsächlich fehlen in Österreich allein aufgrund des demografischen Strukturwandels 461.000 Personen im erwerbsfähigen Alter auf Sicht der nächsten zwölf Jahre. Der

wirtschaftliche Aufschwung wird den Bedarf weiter erhöhen; hinzu kommt der Mehrbedarf in Schlüsseltechnologieberufen. „Somit ist die Arbeitskräftelücke mit mehr als einer halben Million Beschäftigten in Österreich zu beziffern. Durch den Abbau von Arbeitslosigkeit wird sich diese bei Weitem nicht schließen lassen“, so Economica-Chef Christian Helmenstein.

Die Industrie empfiehlt daher einerseits, den angekündigten „MINT-Masterplan“ auf die Zielsetzung der Bundesregierung auszurichten, die Zahl der MINT-Graduierten bis 2030 um 20 Prozent zu erhöhen. Außerdem braucht es klare Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel, um die Leistungspotenziale im Land zu erhöhen: kurzfristig beispielsweise steuerliche Anreize für Überstunden und einen Wechsel von Teilzeit auf Vollzeit, zudem Entlastung für Menschen, die nach Antritt des Pensionsalters in Beschäftigung bleiben, bis hin zu Anreizen zur Mitarbeiterbindung durch Vergünstigungen im Bereich Wohnen.

## WER IN ÖSTERREICH WERTPAPIERE BESITZT

### Männer und Frauen



### Wählergruppen

ÖVP 34 %

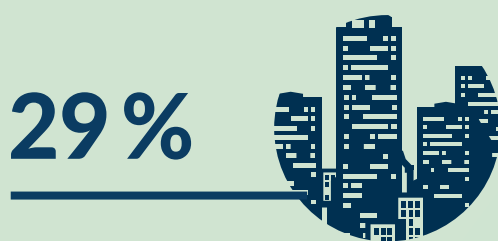
SPÖ 24 %

FPÖ 18 %

Grüne 41 %

NEOS 40 %

### Land und Stadt



## WELCHE WERTPAPIERE ÖSTERREICHER BESITZEN

22 % Investmentfonds/ETFs

6 % Anleihen

13 % Aktien

# INVESTMENT-TU

*Aktien und Co werden in Österreich immer beliebter. Mit den richtigen Anreizen sind sie eine wichtige Säule der Altersvorsorge – und ein Turbo für die grüne Transformation.*

Jeder vierte Österreicher besitzt bereits Wertpapiere. Am beliebtesten sind ETFs, gefolgt von Aktien. Das ergab das aktuelle Aktienbarometer (Umfragesample 2.000, Schwankungsbreite +/-2,2%), in dem Marktforscher Peter Hajek im Auftrag von Aktienforum, IV und Wiener Börse im Jänner das Anlageverhalten in Österreich erhob. Österreich ist zwar nach wie vor eine Sparbuch-Nation, es wird aber immer stärker diversifiziert: Vor drei Jahren lag der Anteil der Wertpapierbesitzer bei einer Kapitalmarktumfrage von Hajek noch bei lediglich 14 Prozent. Und: Fast ein Viertel jener, die noch keine Wertpapiere besitzen, haben grundsätzlich Interesse an einem Investment signalisiert, und 80 Prozent der Aktienbesitzer wollen in weitere Papiere investieren.

*„Wertpapiere sind in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen.“*

Robert Ottel  
Aktienforum

### Entgegen dem Klischee

Spannend ist auch die Frage nach dem typischen Wertpapierbesitzer in Österreich. So legen 32 Prozent der Männer ihr Geld auf diese Weise an, aber auch schon fast jede fünfte Frau. Das Klischee, dass Wertpapiere nur für Menschen mit sehr hohem Einkommen interessant sind, bestätigte sich in der Befragung nicht: Rund die Hälfte der Befragten gab an, monatlich weniger als 3000 Euro netto zu verdienen. Abgefragt wurden erstmals auch die Präferenzen hinsichtlich politischer Parteien; besonders viele Aktienbesitzer finden sich demnach unter den Wählern der Grünen und der NEOS. Im Bundesländervergleich sticht mit Oberösterreich ein Bundesland mit starker Industrielandschaft und vielen börsennotierten heimischen Unternehmen hervor. „Das Aktienbarometer 2023 zeigt deutlich, dass Wertpapiere in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen sind – um diese positive Entwicklung weiter zu fördern, braucht es jetzt deutliche Anreize, denn mit der Altersvorsorge und der grünen Transformation gilt es, zwei große

Herausforderungen zu meistern“, sagt Robert Ottel, Präsident des Aktienforums.

### Wertpapiere als Vorsorge

Österreich wird immer älter, und das wird nicht nur für den Arbeitsmarkt die zentrale Herausforderung für die kommenden Jahre. Es ist auch ein großes Problem für das umlagenfinanzierte Pensionssystem. „Während 1950 auf eine Person im Pensionsalter noch sechs Personen im erwerbsfähigen Alter kamen, so sind es heute nur noch drei Personen; 2040 werden es nur noch zwei sein“, sagte Statistik-Austria-Generaldirektor Tobias Thomas bei der Präsentation der aktuellen Zahlen Ende November. Die Rolle der privaten Altersvorsorge wird folglich immer größer. „Hier gilt es jetzt, alle Register zu ziehen, denn eine Altersvorsorge ist klarerweise immer ein Langzeitinvestment. Insbesondere bei Frauen ist private Altersvorsorge eine zentrale Säule, denn derzeit liegt die Höhe der Pensionsbezüge durchschnittlich rund 41 Prozent unter jener der Männer, was unter anderem auch der hohen Teilzeitquote geschuldet ist“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. „Dass auch immer mehr Frauen ihr Geld in Wertpapieren anlegen, ist insofern eine sehr positive Entwicklung, die unterstützt werden sollte. Auch gesamtgesellschaftlich ist die stärkere Beteiligung der Bevölkerung am Aktienmarkt eine gute Sache, da sie eine aktive Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung ermöglicht und so auch das Verständnis für Unternehmertum stärkt“, so Neumayer.

### Financial Literacy

Die Rezepte, die diese Entwicklung fördern würden, liegen längst auf dem Tisch. Bereits in den Vorjahren hat das Aktienbarometer deutlich gezeigt, dass Wissen der Schlüssel zu dieser Anlageform ist. Auch heuer haben 72 Prozent jener, die noch keine Wertpapiere besitzen, angegeben, zu wenig über den Markt zu wissen. „Mit der besseren Integration von Finanzbildung in die Lehrpläne der Schulen und einem breiten außerschulischen Angebot kann man hier gezielt gegensteuern, und die Ergebnisse des Barometers zeigen, wie groß der Bedarf ist“, sagt Ottel. IV und Aktienforum setzen sich bereits seit Jahren intensiv für eine Stärkung der „Financial Literacy“ ein – umgesetzt wurde bereits der Einsatz eines Finanzwissenstests der OECD im Rahmen des PISA-Tests, dessen erste Ergebnisse für 2024 erwartet werden.

### Steuerliche Anreize

Gleichzeitig ist die Kapitalertragssteuer, die



# URBO FÜR DIE ZUKUNFT

auf Aktiengewinne anfällt, mit derzeit 27,5 Prozent im internationalen Vergleich sehr hoch. Österreich gehört laut einer Economica-Studie aus 2022 zu einem sehr kleinen Kreis an Staaten, die Wertzuwächse ohne Ausnahmebestimmungen besteuern. „Österreich ist praktisch das einzige Land, das gar keine Anreize auf Kapitalerträge setzt. Gerade in Hinblick auf die Altersvorsorge ist das nicht mehr zeitgemäß“, sagt Ottel und pocht auf die rasche Umsetzung der von der Regierung bereits angekündigten steuerlichen Begünstigung von Wertpapiergewinnen für die Altersvorsorge. Die Idee: Werden Aktien einen bestimmten Zeitraum gehalten, entfällt bei einem Verkauf nach dieser Frist die Kapitalertragssteuer auf die Gewinne. Vergleichbare Modelle gibt es bereits in Ländern wie Frankreich, Kroatien, Luxemburg, Slowakei, Slowenien, Tschechien, den USA oder Japan. „Das würde langfristige Anlagestrategien zur finanziellen Vorsorge unterstützen, kurzfristiges spekulatives Verhalten aber weiterhin besteuern“, erklärt Ottel.

## Grüner Kapitalmarkt

Das wachsende Interesse an Wertpapieren in Österreich ist nicht zuletzt auch eine gute Nachricht für große Zukunftsfragen. Die grüne Transformation und entsprechende Innovationen erfordern hohe Investitionen, die der öffentliche Sektor und der Bankensektor nicht alleine stemmen können. Der Stärkung des Eigenkapitals innovativer Unternehmen kommt daher eine entscheidende Rolle zu, und die Basis dafür ist ein selbstbewusster europäischer Kapitalmarkt mit ausreichender Liquidität. „Bei Nachhaltigkeitskriterien nimmt Europa eine Vorbildfunktion für die ganze Welt ein. Um die Industrie bei der notwendigen und teuren Transformation entsprechend zu unterstützen, ist es aber wichtig, nicht nur bereits in allen Aspekten grüne Werte zu berücksichtigen“, sagt Neumayer. Wenn es gelinge, hier in der EU einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz zu verfolgen, könne der Kapitalmarkt in Europa entscheidend zur Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des Standorts beitragen.



## „Aktien schlagen langfristig alle anderen Anlageformen“

Christoph Boschan ist CEO der Wiener Börse und analysiert im Interview die Ergebnisse des Aktienbarometers 2023.

**Die Österreicher haben rund 40 Prozent ihres Vermögens auf Sparbüchern und Girokonten, wo es aufgrund der Inflation schmilzt. Rechnen Sie durch das Steigen der Sparzinsen mit einer Kehrtwende – zahlt sich Sparen wieder aus?**

Christoph Boschan: Auch wenn das Sparbuch in Österreich derzeit noch die überwiegende Anlageform ist, so besitzen immerhin inzwischen 25 Prozent der Bevölkerung Wertpapiere – ein zunehmender Trend. Und die Bevölkerung liegt damit richtig, denn rein nach Rendite schlagen Aktien langfristig alle anderen Anlageformen. Man muss dafür aber kurzfristige Schwankungen aushalten. Aktien liegen im langfristigen Vergleich vor allen anderen Anlageformen wie dem Sparbuch, Immobilien, Lebensversicherungen, Gold und vielen mehr. Der Schlüssel zur weiteren Aktivierung von privatem Kapital ist oftmals Wissen, und hier sollte weiter zur Stärkung angesetzt werden.

**Die Hajek-Erhebung zeigt, dass Österreich aufholt. In den USA ist Wertpapierbesitz bereits breit etabliert – jeder Zweite besitzt dort Wertpapiere. Was sind die historischen Gründe für diesen Unterschied?**

Das Aktienbarometer 2023 zeigt tatsächlich eine Verbesserung der Investmentkultur hierzulande. Historisch betrachtet können in den USA mehrere Generationen auf enorme Anlageerfolge zurückblicken, und dies beeinflusst natürlich die Einstellung der Nachkommen zu diesem Thema. Das breite Sozialsystem hierzulande und die Unterschiede in der Altersvorsorge sorgen ebenfalls für unterschiedliche Notwendigkeit, am Kapitalmarkt

aktiv zu werden. Zunehmend wird aber auch bei uns erkannt, dass ein selbstbewusstes Engagement am Kapitalmarkt lohnend ist.

**Was sind die positivsten Effekte in Ländern mit sehr starken Kapitalmärkten und wo steht Österreich im internationalen Vergleich?**

Länder mit starken Kapitalmärkten haben größeres und schnelleres Wachstum sowie einen stärkeren Hebel in Bezug auf die notwendige Transformation in die Wirtschaft der Zukunft. Für alle gesellschaftlichen Megathemen und Herausforderungen wie Innovation, alternde Gesellschaft, Klimawandel braucht es diesen Kapitalmarkt. Um den Hebel besser zu nutzen, muss der Kapitalmarkt aber entwickelt sein respektive werden. Österreich hat hier im internationalen Vergleich noch Potenzial.

**In Österreich gibt es viele Unternehmen, die in ihrem Bereich bereits Weltmarktführer sind. Wie kann man diese an die Börse bringen?**

Kein anderes Finanzierungsinstrument bietet Unternehmern so viel Kapital, Sichtbarkeit und sinnvolle Ordnung wie ein Börsengang. Neben der Stärkung der Eigenkapitalbasis und der Erhöhung der finanziellen Flexibilität werden die Unternehmen bekannter und zum Beispiel als Arbeitgeber und Lieferant attraktiver. Vorteile wie Wachstum, Innovation sowie Wettbewerbsfähigkeit sollten von den Unternehmen erkannt und die Chancen auch genutzt werden. Es gibt in Österreich eine



Reihe an spannenden Kandidaten. Für das erfolgreiche Debüt an der Börse sind das richtige Marktumfeld und Zeitfenster sowie gute Vorbereitung entscheidend.

**Welche politischen Maßnahmen würden den österreichischen Kapitalmarkt aus Ihrer Sicht weiterbringen?**

Der Kapitalmarkt bietet wie bereits erwähnt Lösungen für viele gesellschaftliche Herausforderungen. Privates Kapital ist in Form von Spareinlagen in Milliardenhöhe vorhanden und stellt eine gute Grundlage für die Entwicklung einer starken Aktionärsbasis dar. Um das Kapital aber zu aktivieren, braucht es Anreize. Die Wiedereinführung einer Behaltfrist sowie der Ausbau der zweiten und dritten Säule der Pensionsvorsorge sind dabei wichtige Maßnahmen. Für börsennotierte Unternehmen ist außerdem eine stringente Orientierung an internationalen Standards in der Gesetzgebung relevant. Nicht zuletzt sind die Staatsbeteiligungen an der Börse ein Vorbild für die Schaffung von Wohlstand durch private Beteiligung. Die börsliche Dreifaltigkeit Kapital, Sichtbarkeit und Ordnung ist ein wahrer Heilsbringer.



# IV-Initiativen für ukrainische Jugendliche in Österreich

Die IV unterstützt vom Krieg vertriebene High Potentials bei ihrem MINT-Studium und zeigt die Chancen auf, die eine Lehre in Österreich bietet.

**E**in Jahr nach Ausbruch des Kriegs intensiviert die Industriellenvereinigung ihr Engagement für die ukrainische Community. Nach der erfolgreichen Spendenaktion „Unsere Industrie hilft“ unterstützt der IV-Bereich Bildung und Gesellschaft nun junge Ukrainerinnen und Ukrainer dabei, ihren Einstieg ins österreichische Bildungswesen erfolgreich und nachhaltig zu bewältigen.

## IV-MINT-Stipendium für High Potentials aus der Ukraine

Ziel dieses IV-Stipendiums ist es, vom Krieg vertriebene High Potentials bei ihrem MINT-Studium (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) an einer österreichischen Hochschule zu unterstützen. Zur Bewerbung eingeladen waren ordentliche Bachelor- oder Masterstudierende sowie außerordentliche Studierende, die sich im Rahmen eines Vorstudienlehrgangs auf ein MINT-Studium vorbereiten und bereits exzellente Ergebnisse bei Wissenschaftswettbewerben in der Ukraine erzielt haben.

Verliehen wurde das mit jeweils 5.500 Euro dotierte Stipendium am 6. März im Rahmen

einer festlichen Verleihungsveranstaltung im Haus der Industrie. Neben den Festgästen – u.a. Vasyl Khymynets, Botschafter der Ukraine in Österreich, und Doris Wagner, Sektionschefin im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) – und begleitet von der ukrainischen Violinistin Vira Zhuk freuten sich drei junge Nachwuchstalente über diese Anerkennung: Pavlo Slyvka, Studierender des Zweigs Mechatronik, Design und Innovation am Management Center Innsbruck, sowie Yelyzaveta Chernova und Yurii Chubenko, die sich beide an der TU Graz im Rahmen eines Vorstudienlehrgangs auf die Bachelorstudien Software Engineering and Management bzw. Information and Computer Engineering vorbereiten.

## Informationsinitiative zu den Ausbildungsmöglichkeiten in der Industrie

Einige Stunden davor hatten bereits vier Wiener Mitgliedsunternehmen (A1, ÖBB, Siemens und die Wiener Stadtwerke) über 160 ukrainischen Jugendlichen im Alter von 15 bis 17 Jahren ihre Ausbildungsangebote und die damit verbundenen Entwicklungsmöglichkeiten vorgestellt. Diese von IV und IV-Wien initiierte kleine „Berufsmesse“ fand



im Rahmen der von der Bildungsdirektion Wien etablierten und vom BMBWF ermöglichten „Übergangslerngänge“ statt. Gerade die duale Lehrausbildung ist in vielen osteuropäischen Staaten kaum bekannt; umso mehr ist es Anliegen der Industrie, die mit ihr verbundenen Chancen und Vorteile einer Ausbildung und Karriere in der Industrie in den Vordergrund zu rücken. Viele

ukrainische Jugendliche können auf eine solide Grundbildung und mitunter fundierte Deutschkenntnisse verweisen.

Unter Anwesenheit von Bildungsdirektor Heinrich Himmer, dem Bildungskordinator des Bundes Daniel Landau und Sektionschefin Wagner konnten sich die Jugendlichen direkt (oder mit Übersetzung des anwesenden Lehrpersonals) mit den Vertreterinnen und Vertretern der Unternehmen austauschen. Für die Eltern wurde Informationsmaterial in ukrainischer Sprache inklusive Kontaktmöglichkeiten zu den Unternehmen vorbereitet. Ähnliche Veranstaltungen fanden und finden als Kooperation zwischen Bundes-IV und IV-Landesgruppen in vier weiteren Bundesländern statt.

### Im Bild:

Vorne, v.l.n.r.: Gudrun Feucht, stellv. Bereichsleiterin Bildung und Gesellschaft, IV, Doris Wagner, Sektionschefin BMBWF, Vasyl Khymynets, Botschafter der Ukraine in der Republik Österreich, Peter Koren, Vize-Generalsekretär der IV, Ilga Johler, Trainee Bildung und Gesellschaft, IV.

Hinten, v.l.n.r.: Yurii Budnychenko, Erster Botschaftssekretär, Wolfgang Haidinger, Bereich Forschung, Technologie und Innovation, IV, Yurii Chubenko, Stipendiat, Pavlo Slyvka, Stipendiat, Michael Eichmair, Universität Wien.



## AKTUELLES IN KÜRZE

### BM Polaschek zu Gast im IV-Bildungsausschuss

**B**ildungsminister Polaschek stellte die aktuellen Herausforderungen und Arbeitsschwerpunkte des Bildungsressorts vor und spannte den thematischen Bogen von der Elementarbildung über „Bildungspflicht & Mittlere Reife“ bis hin zum Lehrermangel und den neuen Lehrplänen inklusive des neuen Unterrichtsfachs „Digitale Grundbildung“. Prof. Norbert Pachler, Professor of Education, University College London, präsentierte ergänzend dazu Maßnahmen gegen den Lehrermangel aus dem Vereinigten Königreich.

Im Bild: Martin Polaschek, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung; Christine Schwarz-Fuchs, Vorsitzende des IV-Ausschusses für Bildungspolitik.



### Quereinstieg in Bildungseinrichtungen

**D**ie ersten vier Monate der Kampagne „Klasse Job“ widmete das Bildungsministerium potenziellen Quereinsteigern und Quereinsteigerinnen. Nach abgeschlossenem Bachelorstudium und dreijähriger Arbeitserfahrung kann man sich online bewerben. Falls man die Voraussetzungen erfüllt, ist ein dreistufiges Zertifizierungsverfahren zu durchlaufen. Ist dieses abgeschlossen, steht einer Bewerbung an einer AHS, MS oder BMHS und einem Einstieg in das normale Lehrergehaltsschema nichts entgegen. Die pädagogische Ausbildung erfolgt durch ein berufsbegleitendes Studium.

Bereits 1000 Personen sind dem Aufruf gefolgt und durchlaufen gerade das Zertifizierungsverfahren. Die ersten 300 bis 400 davon könnten im September schon in den Klassenzimmern stehen.

Durch ihre erworbene Praxis aus anderen Berufsfeldern bringen die Quereinsteiger und Quereinsteigerinnen Lebenserfahrung mit, die der gesamten Schule zugutekommt. Sichtweisen aus der Berufswelt lassen den Unterricht praxisnäher werden.

Die berufsbegleitende Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen muss nun ebenso zeitgemäß gestaltet werden. Lehrveranstaltungen für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger sollten vorwiegend in der unterrichtsfreien Zeit angeboten werden, um die Doppelbelastung während des Schuljahrs bzw. Überschneidungen mit Unterrichtszeiten zu vermeiden. Außerdem muss die Ausbildung flexibel genug sein, um praktische Erfahrungen aus dem Schulalltag mit der Theorie über Pädagogik und Didaktik zu reflektieren.



# Julia Aichhorn neue Bundesvorsitzende

Wechsel an der Spitze bei der Jungen Industrie: Julia Aichhorn folgt Matthias Unger, der nach drei Jahren den Vorsitz altersbedingt übergibt.



Ende Februar wurde Julia Aichhorn bei der JI-Bundesvorstandsklausur einstimmig zur neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Die 36-jährige Geschäftsführerin der Dr. Aichhorn GmbH sowie der GIG Karasek GmbH ist seit über vier Jahren Vorsitzende der JI-Steiermark, wo sie insbesondere das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf bereits erfolgreich vorantreiben konnte. Dieses Amt wird sie mit Dominik Santner als Co-Vorsitzendem auch weiter ausüben.

„Beim Thema Kinderbetreuung sind wir in Österreich noch weit vom Ziel entfernt. Gerade Frauen sind mitunter aufgrund der

mangelnden Betreuungsangebote überdurchschnittlich oft gezwungen, in Teilzeit zu arbeiten. Das muss sich in Zeiten des Arbeitskräftemangels unbedingt ändern“, so Aichhorn in ihrem Antrittsstatement.

Die JI heißt Julia als neue Bundesvorsitzende herzlich willkommen! Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit. Dem bisherigen Vorsitzenden Matthias Unger danken wir vielmals für seinen unermüdlichen Einsatz als Vorsitzender der Organisation! Bis zum Ende der Funktionsperiode wird Matthias Unger gemeinsam mit Katharina Rhomberg-Shebl die Stellvertretung der Bundesvorsitzenden verantworten.



## Abschied vom Vorsitz der Jungen Industrie

Nach über drei intensiven Jahren darf ich das Amt des Bundesvorsitzenden weitergeben.

Auch für den Vorsitzenden macht die Junge Industrie keine Ausnahme: Mit 40 heißt es Abschied nehmen.

Etwas mehr als drei Jahre durfte ich an der Spitze der Organisation stehen. Meine tagespolitische Agenda musste ich relativ schnell nach meinem Amtsantritt ad acta legen – wir befanden uns in einer Pandemie und direkt danach im Wirkungsbereich eines Kriegs, was uns in diesen rund drei Jahren (und darüber hinaus) intensiv beschäftigen sollte. Anstatt wichtige Reformen anzugehen, befand sich die Republik (mitunter verständlicherweise) im Krisenmodus.

Nichtsdestotrotz hat die Junge Industrie immer optimistisch nach vorne geblickt und trotz aller außertourlichen Ereignisse versucht, die Politik daran zu erinnern, auch Themen abseits der Krisen nicht aus den Augen zu verlieren.

So etwa beim Thema Generationengerechtigkeit bzw. Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Was im Moment unter dem Titel „Vollzeit / Teilzeit“ debattiert wird, predigen wir schon seit einiger Zeit. Während es für die Junge Generation immer schwieriger wird, sich etwas aufzubauen, schüttet der Staat jährlich über ein Viertel seines Budgets für Pensionisten aus. Gleichzeitig sind Frauen hierzulande aufgrund des mangelnden Kinderbetreuungsangebots oftmals in der Teilzeitfalle.

Arbeiten muss für Leistungsträger attraktiver und fallweise ermöglicht werden! Und dabei sollten wir unbedingt auf Anreize statt auf Verbote setzen. Ein Fallen der Zuverdienstgrenzen in der Pension, steuerfreie Überstunden oder der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen würden hier beispielsweise wesentlich zu Lösungen beitragen.

Mit diesem Appell möchte ich mich für das Vertrauen, dass ich von den Mitgliedern der Jungen Industrie in den letzten drei Jahren genießen durfte, bedanken und wünsche meiner Nachfolgerin Julia Aichhorn viel Erfolg für das spannende Amt!

Matthias Unger,  
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

# Bundesvorstand zu Gast in Wien

Ende Februar kam der JI-Bundesvorstand in Wien zur jährlich stattfindenden Klausur zusammen.

Zwei Tage lang beschäftigten sich die Spitzenfunktionäre der Jungen Industrie im Rahmen eines begleiteten Strategieworkshops mit aktuellen und zukünftigen politischen sowie innerorganisatorischen Themen. Bei dem co-kreativen Workshop befasste sich der Bundesvorstand im World-Café-Format, bei einer Ideengalerie und einer Prototyping-Session mit der Frage: „Was will sich die JI heute und morgen vornehmen und wie geht man das an?“ Nach intensiven Diskussionen wurden schließlich gemeinsam neue Kernthemen festgelegt, mit denen sich sowohl die Bundesorganisation als auch die JI-Landesgruppen in den nächsten Monaten und Jahren inhaltlich beschäftigen sollen. Zudem hat man sich auf mehr Zusammenarbeit und grenzüberschreitende Veranstaltungen zwischen den einzelnen Bundesländern und dem Bund geeinigt.



V. l. n. r.: Anna Hiltl (JI-Vorarlberg-Vorsitzende), Steven Blaha (JI-NÖ/Bgld-Vorsitzender) und Matthias Unger (ehem JI-Bundesvorsitzender) beim Erstellen von Prototypen zur Visualisierung der Ideen.



Der Strategieworkshop im Haus der Industrie.



Diskutieren in der Kleingruppe.

## IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel, Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300. Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland/ Landesmedienservice, IV-Kärnten, IV-NÖ/Adobe Stock, IV-OÖ/Raiffeisen Landesbank OÖ, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/Science Garden, IV-Tirol/Schreier, IV-Vorarlberg, IV-Wien/AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.







V.l.n.r.: Andreas Eigenbauer (Wiener Magistratsdirektion), Michael Strugl (Verbund) und Peter Weinelt (Wiener Stadtwerke).



Die Teilnehmer der Veranstaltung.

## Energiewende als „Generationenprojekt“

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion zum Thema „Wien und die Energiekrise – was erwartet uns 2023?“ wurde eines deutlich: Das Thema Energie wird uns in Österreich und Europa noch sehr lange intensiv beschäftigen.

**W**ir müssen die Versorgungssicherheit mit leistbarer Energie und damit unsere Wettbewerbsfähigkeit absichern, unsere Energiequellen diversifizieren, um resilienter zu werden, und gleichzeitig die Dekarbonisierung vorantreiben – so umschrieb IV-Wien-Vizepräsident und VERBUND-CEO Michael Strugl eingangs die aktuellen Herausforderungen. Er erinnerte zudem daran, dass der Anstieg der Energiepreise bereits vor dem Krieg in der Ukraine begonnen habe. Auch langfristig werde man nun sicher nicht mehr auf das Preisniveau von früher zurückkommen. Angesichts der akuten Krise sei sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene viel getan und vor allem auch viel angekündigt worden, so Strugl, der etwa auf das Vorhaben der EU-Kommission, ein neues Strommarkt-

Design zu erarbeiten, verwies. Dass hier konkrete Vorschläge bis Ende März auf dem Tisch liegen sollen, hält er für „sehr sportlich“, denn „das muss alles sehr genau durch- und vor allem auch zu Ende gedacht werden“. Vor allzu großer Hoffnung auf hohe Geschwindigkeiten warnte auch der Generaldirektor-Stellvertreter der Wiener Stadtwerke, Peter Weinelt: „Die Dekarbonisierung ist ein Generationenprojekt. Wir müssen die gesamte Infrastruktur aus- respektive umbauen.“ Man müsse den Menschen aber auch klarmachen, dass die Energiewende, wenn man sie denn wünsche, nicht funktionieren könne, ohne „dass man dabei etwas sieht. Windräder, Photovoltaikanlagen, Speicher, Leitungen und so weiter – wir müssen alles ausbauen, was möglich ist, sonst kann es nicht gelingen.“ Österreich alleine könne die Dekarbonisierung ohnehin nicht stemmen, es brauche ganz klar „mehr Europa“.

Derzeit jedenfalls sei das Thema Versorgungssicherheit weiter hochaktuell, auch wenn in den letzten Wochen vor allem „der Politiker Winter“ alles dafür getan habe, damit in ganz Europa der Gasverbrauch deutlich gedrosselt werden konnte, so Andreas Eigenbauer, Gruppenleiter für strategische Versorgungssicherheit in der Wiener Magistratsdirektion. Sein Rat an Unternehmen ist, sich vor allem für drei Szenarien selbst Pläne zu überlegen: „Was kann ich im Fall eines Blackouts machen, was im Fall einer Strommangellage, was bei einer Gasmangellage?“ Beim Thema Gas (zuständig ist der Bund) habe man im Krisenfall zumindest, dank hoher Speicherstände, eine längere Vorlaufzeit, bei Strom könne es dagegen schneller gehen: „Wir sind hier in Wien aber vorbereitet, die Verordnungen liegen in der Schublade. Sollte es etwa zu Flächenabschaltungen kommen müssen, ist der Austausch mit

den Betroffenen jedenfalls entscheidend.“ Alle Beteiligten waren sich darin einig, dass die in Europa im Vergleich zum Rest der Welt hohen Energiekosten weiter eine große Belastung für unsere Wettbewerbsfähigkeit bedeuten. „Unternehmen werden zweimal überlegen, ob sie Investitionen tätigen, dabei bräuchten wir diese gerade jetzt“, so etwa Strugl. Positiv sei zu bewerten, so Weinelt, dass zumindest „alle einer Meinung sind: So geht es nicht weiter“. Um die Energiewende zu schultern, wünscht er sich vor allem „eine ruhige Hand und einen gesunden Pragmatismus. Was heute im Energiebereich entschieden wird, hat Auswirkungen für mehrere Generationen.“ Genau daher brauche man beim Thema Energie in Europa „integrierte Planungsansätze. Durch die zersplitterten Zuständigkeiten in Österreich wird dies aber gerade bei uns sehr schwierig“, so Strugl abschließend.

## Smarte Produktion: Zukunftsthema Wasserstoff

Ende Februar standen im Rahmen der von der IV-Wien initiierten Arbeitsgruppe sowohl bestehende als auch neue Projekte im Fokus. Das Thema Wasserstoff spielte bei diesem Anlass eine zentrale Rolle.

**A**uf Einladung der IV-Wien trafen sich in regelmäßigen Abständen Experten aus der Wiener Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung sowie Sozialpartner im Haus der Industrie, um aktuelle Entwicklungen im Zusammenhang mit der Produktion am Standort Wien zu diskutieren. „In der Stadt finden wir, insbesondere beim Thema Emissionen, erhöhte Anforderungen an den produzierenden Sektor vor, weswegen wir uns heute einem Zukunftsthema – Wasserstoff – widmen wollen“, so Johannes Höhrhan, IV-Wien-Geschäftsführer

und als Themenverantwortlicher des „Wien 2030“-Spitzenthemas „Smarte Produktion in der Großstadt“ auch Leiter der Arbeitsgruppe, zu Beginn der Sitzung im Haus der Industrie.

**„HyCentA“ als Plattform für wasserstoffbezogene Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und Wien Energie als zentraler Player in der Wasserstoff-Wertschöpfungskette**

Als erster Gast stellte Franz Winkler, Leiter des Forschungsbereichs „H2 Infrastruktur“ des Hydrogen Centers Austria („HyCentA“), die Herausforderungen und Chancen, die mit

der Verwendung von grünem Wasserstoff als Energieträger verbunden sind, und einige aktuelle Tätigkeiten HyCentAs in ganz Österreich vor. „Beim Thema Wasserstoff gäbe es gerade im industriellen Bereich viele Anwendungsfälle, die immenses Potenzial bergen“, so Winkler. Man müsse jedenfalls rechtzeitig mit gezielter Forschung und Entwicklung beginnen, um möglichst schnell in die Umsetzung der einzelnen Projekte zu kommen.

Auf eine kurze Fragerunde der Teilnehmer folgte Michaela Leonhardt, Leiterin des Bereichs für erneuerbaren Wasserstoff der



Wien Energie, mit einer Präsentation über die Wasserstoff-Modellregion Wien und Ostösterreich und gab dabei einen Über-



# Standortpolitisches Harakiri mit Anlauf

Nach der EU-Kommission hat sich im Februar nun auch das EU-Parlament für eine Abschaffung des Verbrennermotors ausgesprochen – visionäre Glanzleistung oder technologischer Schuss ins eigene Knie?



Es wird kaum jemanden wundern, dass an dieser Stelle die Entscheidung, ab 2035 keine neuen Autos mit Verbrennermotor mehr zuzulassen, auf wenig Zustimmung stößt. Der Grund dafür ist aber keineswegs, dass der Klimawandel, die größte Herausforderung unserer Zeit, nicht ernst genommen würde. Mitnichten, und sogar im Gegenteil: Jedem in Generationen denkenden Menschen – und Familienunternehmern ist das in die Wiege gelegt – muss klar sein, dass wir hier gemeinsam gefordert sind, alles zu tun, was möglich ist. Wir werden dabei auch Opfer bringen müssen, keine Frage. Aber geht Europa mit diesem Verbot den richtigen Weg?

Versuchen wir es doch einmal umgekehrt: Gehen wir davon aus, dass die Entscheidung gut und richtig ist, und dass also nun ab 2035 tatsächlich nur noch Pkw mit Elektroantrieb zugelassen werden – und dass damit bis ca. 2050 der letzte Verbrenner von Europas Straßen verschwindet. Wie sieht denn diese schöne neue Welt aus?

Nun, erstens muss unser Kontinent in dieser Welt (und wir reden hier nicht von einer Zeit in weiter Ferne, wir reden von Europa in zwölf Jahren!) über eine beeindruckende Energieinfrastruktur verfügen: unzählige erneuerbare Energiequellen, Wind, Sonne, Geothermie, grünes Gas, Wasserstoff, Wasserkraftwerke, Pumpspeicherwerke; alle intelligent miteinander verbunden. Zudem überall dezentralisierte

## DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit – via E-Mail an [debatte@iv.at](mailto:debatte@iv.at).

Speichersysteme unterschiedlicher Art, um die Schwankungen der Erneuerbaren ausgleichen zu können. Zweitens natürlich eine flächendeckende Ladeinfrastruktur für die vielen elektrischen Pkw.

Klingt gut, visionär? Aber wie realistisch ist diese Vision? Haben Sie (um nur ein Beispiel von vielen zu nennen) mitbekommen, wie viele Jahre es gebraucht hat, bis in Salzburg mit dem Bau der 380-kV-Leitung begonnen werden konnte? Begonnen hatte man ja bereits Anfang 2011; erst im Herbst 2019 aber konnte mit dem Bau des zweiten Teilabschnitts gestartet werden, fertig ist er noch nicht. Bürgerproteste haben den gesamten Bau begleitet – Strom will jeder, in den eigenen vier Wänden, aber bitte keine Leitungen. Die Entscheidung über die Trassenführung dieser Leitung geht übrigens auf das Jahr 2001 zurück!

Daher noch einmal: Wie realistisch ist die Umsetzung der oben skizzierten Vision in nur zwölf Jahren?! Natürlich wäre es höchst wünschenswert, wenn wir Europäer fähig wären, blitzartig unsere Energieinfrastruktur um- und auszubauen – wir müssten das ohnehin dringend tun, denn anders kann die viel beschworene Energiewende nicht gelingen. Darüber müsste man in einer Demokratie aber auch ehrlich und offen diskutieren können.

Beim Verbrenner-Aus müssen aber noch weitere Faktoren bedacht werden: Sind E-Autos denn immer supersauber klimaneutral? Ich will hier gar nicht die Debatte um die benötigten Rohstoffe oder auch die Batterietechnik (und damit um eine weiter vergrößerte Abhängigkeit von der Gunst anderer Weltregionen) aufwärmen. Lassen wir das alles einfach einmal außer Acht. Immerhin muss uns dasselbe erlaubt sein wie der Politik – also ignorieren wir einmal unangenehme Fakten.

Selbst mit dem jetzt bestehenden Strommix: Sind alle E-Autos ohne jegliche fossile Energie unterwegs? Simple Antwort: Nein. Gar nicht. Aufgrund des Ukrainekriegs hat Deutschland wieder begonnen, Kohle zu verstromen. In Polen macht man das sowieso. In ganz Europa ist nach wie vor eine Stromversorgung ohne fossile Energieträger schlicht undenkbar. Um das zu ändern, werden manche Länder kräftig in

neue Atomkraftwerke investieren. Auch diese Wahrheit muss den Menschen zumutbar sein. Wenn alle Pkw in Europa ohne fossile Treibstoffe auskommen sollen – so ja der politische Wunsch –, dann werden wir die Energieproduktion aus nicht fossilen Quellen massiv ausbauen müssen, inklusive des Atomstroms. Das alles in nur zwölf Jahren? Manchen scheint der Glaube daran zu fehlen. Italien hat etwa bereits angekündigt, man werde Vorschläge für Ausnahmen für die eigene Automobilindustrie vorlegen, und auch in Deutschland mehrten sich die kritischen Stimmen. Vielleicht führt dies ja zu einem sinnvollen Kompromiss?

Sehr treffend brachte das selbst gewählte europäische Dilemma der Moskauer-Korrespondent der „Zeit“, Michael Thumann, in einem Kommentar am 23. Februar auf den Punkt: Das „Heuchelland“ sei nun endgültig „abgebrannt“. Denn in Deutschland, aber eben auch in Österreich, sind wir offiziell ja immer supersauber: Atomstrom lehnen wir ab, Fracking ist sowieso pfui, im eigenen Land undenkbar, natürlich! CO<sub>2</sub>-Einspeicherung in den Boden, unsere Böden?! Sicher nicht! Aber Atomstrom und Fracking-Gas importieren wir laufend. CO<sub>2</sub> will Deutschland z.B. auch einlagern – aber bitte in Norwegen. Alles, was „unangenehm“ ist, bitte einfach „woanders“, sicher nicht bei uns.

In Summe fällt es schwer, in dem viel bejubelten, „visionären“ Aus für Verbrennermotoren nicht reinen Populismus zu sehen. Klingt gut, kann man abfeiern – die Realität, um die sollen sich andere kümmern. Dass man die Elektromobilität fördern will, ist ja okay. Aber warum nicht durch Marktmechanismen, etwa ein ETS-System in diesem Bereich? Dann werden Verbrenner eben immer teurer – der Markt und die Menschen werden darauf reagieren. Bereits jetzt investieren ohnehin alle Hersteller eben auch in die E-Mobilität.

Solange wir aber nicht genau wissen, wie Europa im Jahr 2035 dastehen wird, sollten wir uns erstens alle technologischen Türen offen halten. Obsynthetische Kraftstoffe oder vielleicht auch Wasserstoff – wer weiß denn, was technologisch noch alles gelingen kann? Zweitens kann eben keiner wissen, ob wir 2035 überhaupt ohne Verbrennungsmotoren auskommen können; was ist

z.B. mit Lastkraftwagen? Die gesamte Logistik unseres Kontinents ist von Verbrennermotoren getragen, elektrische Alternativen sind hiernoch reichlich überschaubar. Oder was ist mit Traktoren, Baumaschinen, Erntemaschinen oder Militärfahrzeugen?

Wollen wir wirklich, dass alle Unternehmen der europäischen Automobilindustrie jegliche Forschung und Innovation im Bereich der Verbrenner einstellen? Die Automobilindustrie, einst Europas Vorzeigebetrieb und Motor für unseren Wohlstand, ist ohnehin schon schwer angeschlagen. Dieses Denk- und Technologieverbot wird alles andere als hilfreich sein – andere Länder werden sich freudig in die Fäuste lachen, dass sich Europa ohne Not zahlreiche Türen zu möglichen Zukunftslösungen zuschlägt. Man setzt auf den batteriebetriebenen Elektroantrieb, und zwar nur auf diesen. Das wirkt fast schon mehr wie ein religiöses Bekenntnis statt wie eine durchdachte Standort- und Innovationspolitik. Wir machen also aus zweifelhaften Motiven mit der Automobilbranche eine der industriellen Säulen unseres Kontinents kaputt. Glauben auch gerade wir als Zulieferland, dass wir auf diese Weise international reüssieren können? Wird wirklich die ganze Welt folgen und nur mehr auf batteriebetriebene Antriebe setzen? Wollen wir uns darauf verlassen?

Das Vorreitertum Europas in der Klimapolitik hat bisher schon nie wirklich etwas gebracht. Wir haben uns selbst alle möglichen Grenzen und Ziele auferlegt, der Rest der Welt hat sich darüber gefreut und munter alles getan, um von unseren selbst auferlegten Beschränkungen zu profitieren. Warum sollte das jetzt anders sein? Technologieverbote aus rein ideologischer Überzeugung sind nicht der richtige Weg – das ist somit leider wirklich Harakiri mit Anlauf für den einst so stolzen Automobilindustrie-Standort Europa.

Ihr

Christian C. Pochtler,  
Präsident der IV-Wien

blick über die Fortschritte, die bisher in der Umsetzung des Projekts erzielt wurden. Wien habe beste Voraussetzungen, um sich als Knotenpunkt in der Wasserstoffwirtschaft zu etablieren, und könne mit der entsprechenden Infrastruktur Vorreiter in Europa bei der Erzeugung, Verteilung und Anwendung werden. Einig waren sich beide Vortragenden, dass grüner Wasserstoff sowohl in industriellen Prozessen als auch in Mobilitätsanwendungen eine entscheidende Zukunftstechnologie ist. Eine der größten Herausforderungen werde allerdings die

Beschaffung sein: Da Österreich die benötigten Mengen Wasserstoff nicht zur Gänze selbst produzieren werde können, müsse man jedenfalls auf Importe zurückgreifen.

## Gewerbehof Seestadt als Raum für Handwerk und produzierendes Gewerbe

Nach intensiven Diskussionen rund um das Thema Wasserstoff präsentierte Rainer Holzer von der Wirtschaftsagentur Wien den Gewerbehof Seestadt. Die erst kürzlich fertiggestellten Wohn- und Arbeitsflächen bie-

ten Raum für rund 250 Arbeitsplätze und 270 Wohnungen. Als Mieter der Gewerbeflächen profitiere man von einer durchdachten Logistik, ausreichend Flächen für die Produktion sowie großzügigen Lagerflächen.

## Updates zu Leitprojekten der smarten Produktion

In den letzten beiden Vorträgen – von Johannes Hunschofsky vom EIT Manufacturing Co-Location Center East und Roland Stelzer vom HappyLab – wurde den Teilnehmern ein Überblick der aktuellen Aktivitäten der Leitprojekte der smarten Produktion im Rahmen der Wiener Standortstrategie „Wien 2030: Wirtschaft und Innovation“ gegeben. Beide Organisationen blicken auf ein erfolgreiches Jahr 2022 zurück und werden auch weiterhin integraler Bestandteil der smarten Produktion in der Großstadt sein.



Mehr Informationen unter:  
[www.hycenta.at](http://www.hycenta.at) und  
[www.wienerstadtwerke.at/wiener-wasserstoff](http://www.wienerstadtwerke.at/wiener-wasserstoff)

Mehr Informationen unter:  
[wirtschaftsagentur.at/immobilien/gewerbehof-seestadt/](http://wirtschaftsagentur.at/immobilien/gewerbehof-seestadt/)

Mehr Informationen unter:  
[www.happylab.at](http://www.happylab.at) und  
[www.eitmanufacturing.eu/in-your-country/co-location-center-east](http://www.eitmanufacturing.eu/in-your-country/co-location-center-east)





Der IV-Wien-Vorstand.



Präsident Pochtler (Mitte) mit den beiden Gästen Haber (l.) und Aubauer (r.).



Der neue Vorsitzende der JI-Wien, Maximilian Nimmervoll, wurde ins Präsidium der IV-Wien kooptiert.

# Durchwachsender Ausblick auf die Zukunft

*Durch steigende Kosten infolge demografischer Entwicklungen kommt in naher Zukunft Österreichs Budget – und damit die Nachhaltigkeit unserer Finanzen – massiv unter Druck. In der ersten Vorstandssitzung der IV-Wien im heurigen Jahr standen daher die Zukunftsperspektiven des Standorts Österreich im Zentrum der Debatte.*

Präsident Christian C. Pochtler gab in seiner Begrüßung zu Beginn der Sitzung einen kurzen Ausblick über den standortpolitischen Status quo: So sei zwar „die große Winterkatastrophe, auch dank eines milden Winters, ausgeblieben“ – dennoch bleibe der Ausblick auf das heurige Jahr von viel Unsicherheit geprägt. In Europa sei trotz eines leichten Absinkens der Energiepreise der Kostendruck für Unternehmen nach wie vor überdurchschnittlich hoch. Daher sei das wirtschaftliche Bild, je nach Branche, sehr unterschiedlich. Zu den höheren Energiekosten sei hierzulande zudem auch der im internationalen Vergleich hohe Kostenfaktor Arbeit hinzuzuzählen, wie Pochtler erinnerte. Insgesamt stelle sich die Lage in Europa daher eher durchwachsen dar, während etwa in den USA der Ausblick relativ gut sei. Aufgrund der derzeitigen Wirtschaftsprognosen – die EU-Kommission rechnet heuer mit einem Wachstum von 0,5 Prozent in Österreich – werde man wohl „an der befürchteten Rezession vorbeischrammen“.

Dennoch, so der Präsident, stünden Österreich schwierige Zeiten bevor. Das Finanzministerium hatte Anfang des Jahres eine

Prognose veröffentlicht, die „so wenig überraschend wie ungeschminkt“ zeige, welche Auswirkungen die demografische Verschiebung für die öffentlichen Budgetausgaben haben werde: „Wenn nicht reformiert wird, dann entwickelt sich die Staatsverschuldung bis 2060 in Richtung ‚italienischer Verhältnisse‘, mit einer Schuldenquote von 120 Prozent der Wirtschaftsleistung.“ Dies sei umso bedenklicher, als die „Nullzinspolitik endlich zu Grabe getragen wurde“. „Den weisen Spruch, man solle in guten Zeiten Vorsorge treffen für die schlechten, haben wir leider meist vollkommen ignoriert“, so der Präsident.

## „Haben zu junge Pensionisten“

In seinem Vortrag gab Helwig Aubauer, IV-Bereichsleiter für Arbeit, Soziales, Gesundheit, den Vorstandsmitgliedern im Anschluss einen Überblick über aktuelle Entwicklungen in der Arbeitsmarkt- sowie Pensionspolitik. Österreich habe mit einem deutlichen Arbeitskräftemangel zu kämpfen – weshalb er auch die aktuellen Rufe nach einer Arbeitszeitverkürzung „überhaupt nicht verstehen“ könne, so Aubauer. Vielmehr gelte es, alle Potenziale zu nutzen, um die Menschen zu mehr Arbeit zu motivieren. Darum gehe es etwa auch bei der

Debatte um Teilzeitbeschäftigte: Dies sei keineswegs nur ein Thema für Frauen mit Betreuungspflichten. Leistung müsse sich wieder lohnen – zudem solle einmal offen darüber diskutiert werden, warum in Österreich im Gegensatz zu anderen Staaten Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung nicht zeitlich stärker begrenzt seien. Im Bereich der Pensionen sei das Hauptproblem recht simpel, so Aubauer: „Österreich hat nicht zu hohe Pensionen, sondern zu junge Pensionisten.“ Derzeit nähere sich das faktische Pensionsantrittsalter „von unten kommend“ langsam an jenes Niveau an, auf welchem wir bereits in den 70er-Jahren schon einmal waren. Gleichzeitig sei seitdem aber die Lebenserwartung massiv gestiegen. Eine echte Entlastung des Pensionssystems sei daher auch nur über eine spürbare Anhebung des faktischen Pensionsalters möglich.

## Suchtfaktor Staatshilfe

Der Vize-Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank, Gottfried Haber, widmete seinen Vortrag den „Zukunftsperspektiven des Standorts Österreich“. Er erinnerte eingangs daran, dass die wirtschaftlichen Turbulenzen bereits vor dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine, aber

auch vor der Coronapandemie begonnen hatten: Bereits 2018/19 habe sich der Aufschwung nach der Staatsschuldenkrise eingebremst; Brexit, Handelsstreit sowie die Krise in der deutschen Autoindustrie hatten bereits damals negative Auswirkungen. In dieser Situation sei dann auch noch die Pandemie hinzugekommen. Wegen Corona sei es dann durchaus sinnvoll gewesen, mit großzügiger staatlicher Unterstützung in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen. „Solche Maßnahmen sind im Notfall angemessen, müssen aber zeitlich begrenzt bleiben“, so Haber, der allerdings konstatierte, man habe sich leider seit damals zu sehr an staatliche Unterstützung gewöhnt. Das andauernde „Rufen nach dem Staat“ sei etwa gerade mit Blick auf die Inflationsbekämpfung eher kontraproduktiv gewesen, da viele Stützungsmaßnahmen die Inflation weiter angeheizt hätten. „Wir haben fiskalpolitisch einfach zu viel gemacht“, so Haber. Er bestätigte zudem, dass die Tendenz beim Staatshaushalt deutlich in Richtung einer höheren Verschuldung, eben vor allem aufgrund der Demografie, gehe. Ein Gegensteuern sei hier dringend notwendig, zumal steigende Zinsen auch hohe Staatsverschuldungen wieder verstärkt in den Fokus rücken würden.